

Zeitfragengottesdienst  
Landvolk

Sonntag, 29. Dezember 2019 10 Uhr  
Aufkirchen

## **Religion braucht Politik**

Liebe Christinnen und Christen.

Ich möchte mich bedanken für die Möglichkeit hier an diesem Ort und in dieser Zeit zwischen den Jahren - das ist ja eine besonders sensible Zeit – Ihnen meine Überlegungen zu Zeitfragen näher bringen zu dürfen. Ich danke für die Einladung. Es ist mir eine Ehre.

Was läge denn näher, beim Thema Zeitfragen über die Zeitenwende schlechthin zu sprechen:  
über die Geburt Christi.

Diese Geschichte möchte ich als Ausgangspunkt nehmen, um über das Verhältnis von Religion und Politik, von Christentum und Demokratie bzw. von Kirche und Staat nachzudenken.

Ich versuche Ihnen Impulse und Antworten zu geben aus meiner eigenen Lebensbiografie heraus:  
als Theologe (katholisch) und als Politiker. Vielleicht auch als Pädagoge.

Auf jeden Fall als jemand, der in der Aktualität der Zeit auch immer ein suchender und kritischer Geist ist.

Wie steht es nun um Religion und um Politik?

Passen die beiden Themenbereiche überhaupt zusammen?

Oder schließen sie sich aus?

Ergänzen sie sich bestenfalls?

Existieren beide Sphären in Parallelwelten nebeneinander?

Oder ist ein Bereich vorherrschend, wichtiger, mächtiger?

Beginnen wir mit Lukas und dem Weihnachtsevangelium.

Sie kennen das sicher so, dass man dem holden Knaben mit lockigem Haar frohgemut mit Lächeln begegnet und für das traute hochheilige Paar schützendes Mitleid empfindet. Natürlich ist dies eine wunderbare, anheimelnde Geschichte, bei der die Sternelein und Engelein mit Ochs und Stroh um die Wette strahlen. Dennoch ist diese Frohe Botschaft weit weniger Erbauungsliteratur, so wie sie in der Romantik gelesen wurde, als vielmehr ein politischer Text.

Der vom Kaiser Augustus ausgesprochene Befehl zur Zählung setzt die Dramaturgie in Gang, an dessen Ende die Hirten Kunde geben von dem, was sie gesehen hatten.

Lukas Kapitel 2, Verse 1-20 lässt den Widerspruch der beiden Reiche – dem weltlichen und dem göttlichen – deutlich werden.

Hier Kaiser Augustus, der mächtigste römische Imperator aller Zeiten, der sich als Caesar und Gott versteht und ein Weltreich regiert, und dort das eine göttliche Kind in Windeln, dessen Reich nicht von dieser Welt sein wird.

Hier die Statthalter als Vertreter der weltlichen Macht, die eine neue Steuer, also schnödes Geld eintreiben wollen, und dort die armen Hirten, die von der Hand im Mund leben und die Stimmen der Engel hören.

Hier die römische Vielgötterei des Pantheon, die das monotheistische Judentum mit diktatorischen Frieden unterdrückt, und dort der christliche Retter, der den Frieden auf Erden für allezeit und alle Menschen verspricht.

In diesem Text ist klar gesagt, wie sich Politik und Religion vertragen: nämlich überhaupt nicht.

Das eine hat mit dem anderen so nichts zu tun. Sie stehen sich vielmehr feindlich gegenüber.

Der Philosoph und Theologe Augustinus wird diese These ein paar Jahrhunderte als Zwei-Reiche-Lehre ausarbeiten mit folgender Grundaussage:

„Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, denn mein Reich ist nicht von dieser Welt.“

In den letzten zwei Jahrtausenden haben sich dann aber doch andere Vermischungsmodelle eingestellt. Da gab es beispielsweise die Vorherrschaft der Kirche, die im Namen des Glaubens die Völker der Welt unterdrückt hat in mehreren Kreuzzügen oder mit Hilfe der spanischen Konquistadoren.

Wenig später sollten sich die Religionsgemeinschaften selbst in einem Krieg gegeneinander befinden und die Politik wurde als Spielball in den Konfessionskriegen hin- und hergerissen.

Und wir alle kennen genügend Herrscher und Despoten, die sich den Mantel der Religiosität umhängen, um ihre eigene Macht zu stabilisieren.

Das ist nicht graue ferne Zeit, sondern ereignet sich aktuell.

In Russland, wo die orthodoxe Kirche Putin hofiert.

In den USA, wo sich religiöse Fanatiker durch die Hinterzimmer Einfluss verschaffen.

In Polen, wo die katholische Kirche und die PIS eine heilige Allianz eingegangen sind.

Die politische Dimension der Religion in den islamischen oder hinduistischen Staaten will ich gar nicht anführen. Es reicht die westlich bekannte Erdhälfte.

In Deutschland hat sich ein eher entspanntes Verhältnis von Kirche und Staat eingestellt.

Denn hierzulande gibt es ja doch eine sehr sinntragende Verschränkung beider Ebenen.

Obwohl der Staat sich auf den Boden der Säkularisierung für Religionsneutralität entschieden hat, bedient sich der Bürger dann doch gerne des kirchlichen Rituals, das Ordnung und Verlässlichkeit garantiert. Am Heiligabend beispielsweise sind die Kirchen voll wie in früheren Zeiten, obwohl alle Umfragen einen rückgängigen Glauben bestätigen.

Und natürlich wird auch von der Kirche eine Art Wächteramt erwartet.

Kirche als Stachel in der Welt und als Schutzraum für Revolutionen, so wie es vor 30 Jahren in der Nikolaikirche in Leipzig geschehen ist.

Papst Franziskus hat gerade in seiner Botschaft *Urbi et Orbi* wiederholt den menschlichen Umgang mit Flüchtlingen eingefordert. Und diese Worte, auch wenn sie von immer weniger Menschen gehört werden, verfügen über eine ganz andere Kraft als die Anklage einer Greta Thunberg vor der UN.

Christlicher Glaube als Optimismusmedizin, als Heilsbotschaft oder als letzte Hoffnung – dieses vermag die Politik in der Tat nicht herstellen.

Und doch sind christlicher Glaube, Kirche, Religion in Deutschland auf dem Rückzug aus dem öffentlichen Leben. Im Osten Deutschlands geht so gut wie niemand mehr in die Kirche. Für die Jugend ist FridaysforFuture die neue Religion. Im Gottesdienst sind nicht die nächsten Generationen, sondern die Alten und die Gestrigen. Die Übriggebliebenen oder der heilige Rest. Nehmen Sie mir diese drastischen Bezeichnungen nicht übel, ich bin ja selbst einer davon.

Das ist die Diagnose der Religion in der Gegenwart. Und wenn ich mir das so ansehe, dann behaupte ich, dass Kirche nur dann in dieser Gesellschaft eine Chance haben wird, wenn wir als Christin oder Christ die Politik in die Gemeinde hereinholen und integrieren. Beziehungsweise wenn wir nach draußen in die Politik gehen.

Ich will die gewagte These aufstellen, dass Politik dabei eine religiöse Seite hat und der Religion Belebungsimpulse verleihen kann.

Drei Ansätze hierzu.

1. Die großen Errungenschaften dieses unseres westlichen Politikverständnisses sind einerseits die Demokratie und andererseits der Grundkonsens der Geltung der Menschenrechte. Mittlerweile verstärkt sich auch die Erkenntnis, dass die Schöpfung zu bewahren ist. Unser Grundgesetz ist christlich aufgestellt, es ist mitunter christlicher als das Kirchengesetz, der Codex der katholischen Kirche. Denn Demokratie würde die klerikalen Strukturen der Kirche kaum zulassen. Und wenn Menschenrechte durch Missbrauchsskandale in der Kirche verletzt werden, fungiert eher das weltliche Recht als Korrektiv. Mehr Kirche von unten, mehr Befreiungstheologie, mehr Schutz der Minderheiten, mehr Priesterehe, mehr Achtung vor dem jeweils anderen Geschlecht, mehr Transparenz im Machtgefüge – all dies könnte die Kirche von heute beleben und ihr wieder Bedeutung für die Allgemeinheit verschaffen.

2. Der Staat hat eine schützende Hand über die Kirche in Deutschland, wie es weltweit einmalig ist. Das betrifft nicht nur das Privileg der Kirchensteuer, sondern auch die Favorisierung von Kirchengemeinschaften als Anstalt des öffentlichen Rechts im Gegensatz zu Sekten, evangelikalen Gruppen oder anderen religiösen Richtungen. Diese ausgestreckte Hand des Staates sollte geschätzt und gepflegt werden durch Übernahme von Verantwortung für die Politik, eben für das alltägliche Geschäft der Politik, das aktuell wenig guten Ruf genießt.

Machen Sie mit, treten Sie ein in die Welt, verteidigen Sie die demokratische Verfasstheit dieses Staates, leisten Sie Widerstand gegen eine AfD, die meint, sie müsste die Glaubensgemeinschaften infiltrieren, beweisen Sie Toleranz für Menschen aus anderen Kulturen und Gegenden, betreiben Sie einen katholischen Kindergarten und, und, und. Ich bin überzeugt, dass solches Engagement im weltlichen Reich als Erneuerungsspritze für eine an Bedeutung verlierende Religiosität wirken wird.

3. Sie erleben es, spüren es und ahnen es: Kirche wird weniger notwendig. Vielleicht überflüssig. Die öffentliche Verwaltung übernimmt die originär kirchlichen Aufgaben von der Trauung bis zur Beerdigung, von der Ethikkommission bis zur Armenfürsorge, vom Unterricht im Fach Glück bis zum Ankauf von nicht genutzten Kirchengebäuden. Dieser Trend lässt sich auch nicht durch Kreuzerlasse oder Konfessionspflicht in katholischen Altenheimen stoppen. Es wird nicht funktionieren, die Tür zuzumachen und weder jemanden rauszulassen noch jemanden, der etwas komisch daherkommt, reinzulassen.

Wenn Ihnen, uns allen, Kirche und Glaube wichtig sind, dann müssen wir die Türen aufmachen und hinausgehen, dann müssen wir aktiv werden und die da draußen suchen. Und auch das können wir als Christen von der Politik lernen: nichts ist abgeschlossen, sondern alles muss immer wieder neu verhandelt werden.

Sie, wir, sollten aus purem Eigeninteresse, um des Überlebens willen und aus unserem Selbstverständnis heraus, in dieser neuen Zeit des 21. Jahrhunderts als Christin und Christ dabei sein wollen und unsere christlichen Werte dort einbringen und finden.

Es deutet sich an, dass Politik auch ganz gut ohne Religion zu Recht kommen könnte. Dass Humanismus als Wertesystem den Glauben ersetzen kann. Dass man über eine gewisse Dankbarkeit für die kulturelle historische Leistung der Kirche und über den Respekt vor der christlichen Verfasstheit des Staates hinwegkommen kann. Dass man das Machtkorrektiv der christlichen Lehre gegenüber menschenverachtenden Staatsentwicklungen nicht mehr deutlich vernimmt. Dass Politik bleibt, dass Religion schwindet.

Wäre dies ein Verlust? Ja.

Denn aus Ihrer Mitte des Glaubens heraus entstehen Impulse, die mit religiöser Tiefe, mit menschlicher Wärme, mit fröhlichem Mut und hoffnungsvollem Herzen eine andere Qualität des Lebens versprechen, als es die ethisch funktionierende und technisch regulierte Gesellschaft zustande bringt.

Diese Impulse, die das Leben reich und erfüllt machen, würden fehlen.

Deswegen braucht es Sie als Christin und Christ.

Und mit dieser Kunde sollten Sie, wie damals die Hirten auf dem Feld, in die Städte hineingehen und dort die Politik als Freund der weihnachtlichen Botschaft des Aufbruchs und der Veränderung erkennen.

So kann die Zukunft als etwas Gutes vor uns liegen:  
mit dem Glauben an einen erfüllenden Lebenssinn und  
der Inspiration durch die Politik der Demokratie und Menschenrechte.

So sei es. Amen.